

Editorial

Michael Soder, Florian Wukovitsch

Trotz zahlreicher Bemühungen ist der gordische Knoten zur Rettung des Weltklimas bisher nicht durchschlagen worden. Auch wenn die Auswirkungen des Klimawandels längst sichtbar sind (Alcamo/Olesen 2012) und in der medialen Öffentlichkeit relativ umfassend thematisiert werden, besteht weiterhin keine klare Vorstellung davon, wie eine klimaschonendere Wirtschafts- und Lebensweise aussehen könnte. Zwar mehren sich die Diskurse über Möglichkeitsräume einer nachhaltigeren Weltgesellschaft – von Green Growth (OECD) bis zu Postwachstum (Paech 2012); angesichts der persistenten Nachwehen der letzten großen Finanz- und Wirtschaftskrise bleiben ökologische Fragen im Mainstream der wirtschaftspolitischen Diskussion aber weitgehend ausgeblendet, der politikwissenschaftliche Befund einer Vertiefung der multiplen Krise (Brand u.a. 2013) wird allenfalls am Rande reflektiert.

Untätigkeit kann man der – internationalen – Politik dennoch nicht vorwerfen. Schon vor einem Vierteljahrhundert fanden die ersten internationalen Konferenzen zur Auslotung der Potenziale nachhaltiger Entwicklung, die Klimarahmenkonvention wurde bereits 1992 verabschiedet. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls haben beinahe alle Industriestaaten 1997 eine Reduktion der Treibhausgase im Zeitraum 2008–2012 gegenüber den Werten des Jahres 1990 beschlossen; Österreich verfehlte dieses Ziel allerdings deutlich und musste daher zusätzliche Emissionszertifikate ankaufen (Kletzan-Slamanig u.a. 2015). Global betrachtet haben sich die Emissionen seitdem durch die rasante ökonomische Entwicklung vieler Ökonomien des globalen Südens – die teilweise natürlich auch auf die in den globalen Süden verlagerte Produktion von Gütern für die Konsumnachfrage im globalen Norden zurückzuführen ist – sowieso weiterhin stetig erhöht.

Zuletzt hat das Abkommen auf der UN-Klimakonferenz 2015 in Paris (COP 21) neue Hoffnungen geweckt, dass die internationale Klimapolitik nun eine weitere Stufe erklimmen würde (z.B. Götze/Staude 2016). Erstmals haben sich die UN-Mitgliedstaaten inklusive sämtlicher Staaten des globalen Südens auf nationale Emissionsziele geeinigt, um den Temperaturanstieg seit dem Beginn der Industrialisierung deutlich unter 2° C zu halten und im besten Fall sogar auf 1,5° C zu begrenzen. In der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts soll es keine Nettoemissionen – also unter Berücksichtigung der in Senken wie insb. Wäldern absorbierten Anteile – mehr geben. Dass die in Paris – auch seitens der Europäischen Union – vorgelegten Beiträge nicht ausreichen, um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen, ist dabei nur ein Teil des Problems der aktuellen Klimaschutzbestrebungen. Statt auf rechtliche Verbindlichkeit setzt das Abkommen im Wesentlichen auf Transparenz durch ein regelmäßiges Monitoring der nationalen klimapolitischen Ambitionen (Schleicher u.a. 2016). Und es bestehen Zweifel, dass die vereinbarten Unterstützungszahlungen für Klimaschutzmaßnahmen in Gesellschaften des globalen Südens in nennenswertem Umfang neue Mittel generieren werden.

Wo aber liegen die Probleme und Konflikte im Übergang in eine dekarbonisierte Wirtschaft und wie ließen sich diese überwinden? Nach Giddens (2011) würden die vielen

Unwägbarkeiten der Klimapolitik einen neuen politischen Umgang mit Unsicherheit jenseits eingespielter rechts-links-Schemata erfordern. *„We must create a positive model of a low-carbon future – and, moreover, one that connects with ordinary, everyday life in the present. There is no such model at the moment and we have to edge our way towards it. It won't be a green vision, but one driven by political, social and economic thinking. It can't be a utopia, but utopian strands will be involved, since they supply ideals to be striven for”* (ebd., 8). Unsicherheit bezieht sich dabei gleichermaßen auf naturwissenschaftliche Wirkketten wie auf politische Fragen - bspw. die Krise im Nahen Osten, wo die größten Erdölreserven der Welt liegen – und technologische Entwicklungen, die die Rahmenbedingungen des Übergangs einer fossilen in eine post-fossile Gesellschaft fundamental verändern könnten.

Diese Unwägbarkeiten verweisen aber auch darauf, dass sich Klimapolitik im Kern weiterhin um Verteilungsfragen drehen wird. Sollten nämlich – wie vielfach befürchtet – technologische Innovationen keinen ausreichenden Beitrag zur Dekarbonisierung erbringen, stellt sich die Frage, wie allenfalls notwendige Verzichtleistungen für den Klimaschutz zu verteilen sind. Damit rücken auch Gerechtigkeitserwägungen in den Fokus, die sowohl intergenerationelle Aspekte mit Blick auf die Zukunft (Wohlfahrtsrechte und Verwundbarkeit nachfolgender Generationen) und die Vergangenheit (unterschiedliche Höhe historischer Emissionen im globalen Norden und Süden), als auch Überlegungen einer gerechten Verteilung innerhalb der lebenden Generation berücksichtigen müssen (Meyer 2008). Klimagerechtigkeit bleibt damit im Kern eine Frage der (völker-)rechtlichen Verankerung. Denkbar wäre es bspw., Staaten in Abhängigkeit von ihrer (aktuellen) Bevölkerungszahl Emissionsrechte zu gewähren bzw. diese unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Verantwortung für vergangene Emissionen zu differenzieren (Ekarde 2012).

Als ein zentraler Widerspruch zwischen Klima- und Wirtschaftspolitik auf unterschiedlichen Ebenen erscheint angesichts der sozialen Fragen des Klimaschutzes nicht zuletzt die Inkonsistenz der angesprochenen Zeitdimensionen (Lamping 2015). Ein Beispiel von Bauriedl (2015, 629) mag das verdeutlichen: *„Auch der G7-Gipfel im Juni 2015 in Elmau wird als Klimagipfel in Erinnerung bleiben, da die TeilnehmerInnen in ihrer Abschlusserklärung eine Dekarbonisierung der Weltwirtschaft verkündeten. [...] Nur zwei Wochen später bremste der deutsche Wirtschaftsminister die Dekarbonisierung jedoch aus, indem er mit der Energie- und Kohleindustrie eine sogenannte Kapazitätsreserve vereinbarte und sie damit von Emissionsreduktionen entlastete“*. Gewählte Politiker*innen übernehmen im politischen Alltag aus durchaus nachvollziehbaren Gründen die Perspektive von aktuell wahlberechtigten Arbeitnehmer*innen und Konsument*innen oder erfolgreich lobbyierenden Unternehmen und entscheiden auf dieser Grundlage, welche Arbeitsplätze und Konsummuster durch eine allfällige Dekarbonisierungsstrategie gefährdet oder gefördert werden, wie Interessen also in konkreten Maßnahmen ihren Niederschlag finden.

In diesem Sinne haben sich auch Gewerkschaften in den 2000er Jahren zunehmend stärker bei den internationalen Klimaverhandlungen engagiert. In Ergänzung der klimapolitischen Ambitionen der Umweltschutzorganisationen wurden soziale Gerechtigkeit und gute Arbeitsplätze in einer „just transition“ eingefordert (Flemming/Brand 2016). Damit sollten auch einigermaßen verhärtete Fronten aufgebrochen werden. *“Over the past 40 years the relationship between environmentalists on the one hand and labour on the other has largely vacillated between distrust and suspicion at best through to rancor and open hostility at worst. Environmental movements have accused trade unions of defending jobs at any cost*

to nature, while trade unions have accused environmentalists of putting nature before workers' needs for jobs, and indeed, survival" (Uzzell/Räthzel 2013, 1).

Angesichts der klassenspezifischen Auswirkungen von Klimawandel und -politik scheint es vielen Beobachter*innen unumgänglich, die Anliegen von Arbeitnehmer*innen und die Notwendigkeiten des Umwelt- und Klimaschutzes gegenüber den Interessen der internationalen Finanz- und Wirtschaftselite gemeinsam zu vertreten (bspw. Hampton 2015). Auf den Punkt gebracht hat diesen Widerspruch Naomi Klein (2015) in ihrem letzten Bestseller „Kapitalismus vs. Klima“. Sie würdigt zwar ein gewisses Maß an individueller Verantwortung für klimaschonenden Konsum, sieht den Kern des Problems aber in den politökonomischen Strukturen der globalisierten Ökonomie: *„Wenn Historiker auf die letzten fünfundzwanzig Jahre internationaler Verhandlungen zurückblicken, stechen zwei große Gestaltungsprozesse hervor. Zum einen der Klimaprozess, stolpernd und holpernd und letztendlich seine Ziele verfehlend. Zum anderen der konzerngesteuerte rasante Globalisierungsprozess, der einen Sieg nach dem anderen erringt: [...] die Gründung der Welthandelsorganisation, die zahllosen Privatisierungen in den Ökonomien der ehemaligen Sowjetstaaten, die Umwandlung großer Teile Asiens in riesige Freihandelszonen [...]“* (Klein 2015, 30–31). Klein setzt angesichts dieses kritischen Befunds ihre Hoffnung auf die politische Kraft einer neuen zivilgesellschaftlichen Massenbewegung.

Ziel dieser Ausgabe ist es, einen Überblick über die bereits argrissene Breite und Perspektivenvielfalt der aktuellen Diskussion rund um Klimawandel und -politik zu geben und die Notwendigkeit und Potenziale von Systemänderungen auszuloten. Zum Einstieg diskutiert **Christoph Streissler** die Grenzen technologischer Innovation als Allheilsbringer in Fragen des Klimawandels. Er beleuchtet dabei auch die Rolle von Rebound-Effekten, deren Bedeutung in aktuellen wirtschaftspolitischen Reaktionen auf den Klimawandel, sowie die Notwendigkeit einer raschen Dekarbonisierung der Wirtschaft. **Hanspeter Wieland** veranschaulicht anhand der Entwicklung des Carbon-Footprints Österreichs, dass eine vollständige Dekarbonisierung des Wirtschaftssystems, trotz aller Bemühungen, ohne einen gravierenden Systemwandel nicht erreichbar sein wird. Darüber hinaus argumentiert **Camila Moreno**, dass die klimapolitische Praxis der Fokussierung auf die Messung des Kohlenstoffs in der Atmosphäre zu eng ist, um die Konsequenzen des Klimawandels und der voranschreitenden Umweltzerstörungen adäquat abzubilden. Durch die Dominanz ökonomischer Instrumente zur Bekämpfung des Klimawandels würden die Gefahren unterschätzt und die notwendige Abkehr von tradierten Verhaltensweisen und Praktiken sei unwahrscheinlich.

Aus diesen Überlegungen kann geschlussfolgert werden, dass die vom Mainstream angestrebten Lösungsstrategien mittel- bis langfristig versagen müssen, da sie auf eine viel zu eng gefasste Zielgröße abstellen. **Dimitris Stevis** und **Romain Felli** plädieren daher für den breiteren (gewerkschaftlichen) Ansatz einer „Just Transition“, der allerdings versuchen müsste, durch die Versöhnung sozialer und ökologischer Dimensionen die Grenzen der bisher verfolgten Strategien zu überwinden. Im Sinne einer fortschrittlichen Transformation, die auch nicht intendierte Nebenwirkungen kleinräumiger Lösungen berücksichtigt, müsste eine derartige Vision wesentlich stärker die Reichweite politökonomischer Kräfte reflektieren.

Offensichtlich wird in diesen Überlegungen, dass althergebrachte Lösungen vermutlich an ihre Grenzen stoßen und neue Allianzen zur Bewältigung dieser Herausforderungen notwendig werden. **Nora Räthzel** zeigt in ihrem Beitrag anhand zweier Biographien aus Brasilien, inwieweit Schnittmengen und Anknüpfungspunkte zwischen Arbeiter*innen-,

Frauen- und Umweltbewegung vorhanden sind und wie diese einen potenziellen Ausgangspunkt zur Bildung breiterer politischer Allianzen bieten können. Anschließend analysiert **Magdalena Heuwieser** die Rolle von neuen zivilgesellschaftlichen Initiativen – jenseits etablierter Umwelt- und Sozialorganisationen – am Beispiel „System Change, not Climate Change!“ und verknüpft diese mit potentiellen Handlungsstrategien, auch auf lokaler Ebene.

Schließlich werden zwei politisch brisante Felder in der aktuellen Debatte rund um die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels eingehender betrachtet. **Monika Mayrhofer und Florian Mersmann** widmen sich dem Zusammenhang zwischen der Klimapolitik und Migration. Im Unterschied zur etablierten Problematisierung der Auswirkungen des Klimawandels auf weltweite Migrationsbewegungen zeigen sie anhand eines konkreten Beispiels, wie auch Klimaschutzmaßnahmen zu Verdrängung führen können. In diesem Zusammenhang fragen sie nach den Rechten der ansässigen Bevölkerung. Zum Abschluss widmen sich **Karin Schanes, Karin Dobernig und Burcu Gözet** der Rolle der Konsumforschung und -politik in der Klimadiskussion, spielen doch eingepärrte Konsummuster eine ebenso zentrale Rolle in der Verursachung des Klimawandels wie die Produktionsseite selbst.

Wir hoffen, mit dieser Ausgabe des Kurswechsels den Blick für Problemsichten auf den Klimawandel sowie progressive Lösungsstrategien im Umgang mit den anstehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen eines klimapolitisch motivierten Systemwandels zu schärfen.

Literatur

- Alcamo, Joseph/Jørgen E. Olesen (2012): *Life in Europe under Climate Change*, Malden
- Bauriedl, Sybille (2015): Klimapolitik verstärkt globale und soziale Ungleichheiten, in: PROKLA Heft 181, 45. Jg., Nr. 4, 629–636
- Brand, Ulrich/Achim Brunnengräber/Ines Omann (2013): Debating transformation in multiple crises, *World Social Science Report 2013, Changing Global Environments*, 480–484
- Ekardt, Felix (2012): Klimagerechtigkeit: Neue universalistische Diskursethik, neue Freiheitstheorie, neue Abwägungstheorie, in: Ekardt, Felix (Hrsg.): *Klimagerechtigkeit. Ethische, rechtliche, ökonomische und transdisziplinäre Zugänge*, Marburg, 156–204
- Flemming, Jana/Ulrich Brand (o.J.): *Gewerkschaftliche Politik in den internationalen Klimaverhandlungen*, Studie im Auftrag der AK Wien, Informationen zur Umweltpolitik, Wien (bisher unveröffentlichte Studie im Auftrag der AK Wien)
- Giddens, Anthony (2011): *The Politics of Climate Change. Second Edition, fully revised and updated*, Malden
- Götze, Susanne/Jörg Staude (2016): Weltklima gerettet? Paris und die Folgen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2016, 89–94
- Hampton, Paul (2015): *Workers and Trade Unions for Climate Solidarity. Tackling climate change in a neoliberal world*, Abingdon
- Klein, Naomi (2015) [2014]: *Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima. [This Changes Everything. Capitalism vs. Climate]*, Frankfurt am Main
- Kletzan-Slamanig, Daniela/Claudia Kettner/Angela Köppl, Angela/Ina Meyer/Franz Sinabell (2015): *Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2015*, WIFO-Monatsberichte 88(7), 593–607
- Lamping, Wolfram (2015): „Bringing Climate Change Home“ – Verzeitlichung und Vergegenwärtigung in der lokalen Klimapolitik, in: *Leviathan*, 43. Jg., Sonderband 30/2015, 173–192
- Meyer, Lukas H. (2008): Klimawandel und Gerechtigkeit. *Transit* 36 (Winter 2008/09), 80–106

- Paech, Niko (2012): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München
- Schleicher, Stefan/Angela Köppl/Margit Schratzenstaller (2016): *Deciphering the Paris Agreement on Climate Policy: What might be the implications for the EU?*, ÖGfE Policy Brief 09'2016, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien
- Uzzell, David/Nora Räthzel (2013): *Mending the breach between labour and nature. A case for environmental labour studies*, in: Uzzell, David, Räthzel, Nora (eds.): *Trade Unions in the Green Economy. Working for the environment*, Abingdon, 1–12